Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17. Fernruf 3866—67 Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 39 | Duisburg, den 25. September 1920 | 21. Jahrgang

Christliche Arbeiterbewegung und Wiederaufbau*)

„Es kann ein Geschlecht der Menschen immer nur aufwachsen auf den Schultern des voraufgegangenen Geschlechts." Diese denkwürdigen, ewig wahren Worte des französischen Philosophen Pascal werden heute leider nicht beherzigt, wenn man an die Frage des Wiederaufbaues, die Kardinalfrage der Neuzeit, herantritt. Eine unendliche Fülle von Problemen und Ratschlägen taucht von allen Seiten auf, die leider immer wieder die so notwendige Rücksichtnahme auf die Vergangenheit, auf die Abstammung und Herkunft außer Acht lassen. Man will etwas ganz Neues schaffen, das zu dem, was gewesen ist, keinerlei Beziehungen mehr hat. Das ist

die Folge des verhängnisvollen Irrtums

unserer heutigen Illusionisten. Da ertönt vor allem der grimme Fluch auf den Kapitalismus, der die Vergangenheit beherrschte. Was nur an Haß und Widerwillen, an Abscheu und Ekel in den Menschen unserer Zeit aufgespeichert ist, glaubt man herausschleudern zu müssen und so weit ist es gekommen, daß dieser Zustand krankhaft, ja gefährlich zu werden beginnt. Man hat sich allmählich in eine blinde Gegnerschaft verrannt und wo [illegible] blind ist, hört bekanntlich das geistige Sehen, das [illegible]ftige Ueberlegen auf.

[illegible]übersieht, daß der Kapitalismus zwei Seiten hat, [illegible]nische und eine geistige. Der Kampf, an dem auch wir uns mit aller Entschiedenheit beteiligt haben, galt der geistigen Seite des Kapitalismus, jenem übertriebenen Gewinnstreben, jener gemeinen Habgier, für die der mit einer unsterblichen Seele ausgestattete Mensch nur noch ein Werkzeug war, jener Seite des Kapitalismus, der nichts mehr heilig war in Welt und Vaterland, nichts heilig war an Leib und Geist und Seele des Menschen. Dagegen zu kämpfen war berechtigt und auch heute noch sind wir gewillt, diesen Kampf mit unserer ganzen Kraft zu führen.

Aber etwas ganz anderes ist die technische Seite [illegible] Kapitalismus, die aber auch durch blindwütige Leid[illegible]schaft mit erfaßt worden ist, die in zwei Momenten beruht: 1. in der Forderung der Höchstleistung des Individuums, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer in den Vordergrund gestellt worden ist, die Forderung auf höchstmögliche Produktivität, auf jenes Hinausschweben über alle Räume, geographisch sowohl wie geistig, um das ganze Erfindungsvermögen des Menschen in den Dienst der Hebung der Produktivität zu stellen, und zweitens die Forderung, die immer wieder auf neue Kapitalbildung zu neuen produktiven Leistungen ausgeht. Das sind die hauptausschlaggebenden Momente der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, soweit die technische Seite in Frage kommt.

Und das Mißtrauen gegen alles, was der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu Grunde liegt, mehr oder weniger aus der Welt zu schaffen, begann man Organisationen zu schaffen, um gewissermaßen einen Damm gegen den üblen Einfluß des Kapitalismus zu haben. Was war der Erfolg dieser Entwicklung? Wir sind zu einer

ganz gewaltigen Ueberorganisation

gekommen, so daß die höchste Gefahr besteht, daß wir daran ersticken. Aber nur nicht das. Der Geist, den man bannen wollte, ist erst recht gekommen, denn das Geschnörkel der neuen Quer- und Längsorganisationen auf allen Gebieten bot unendlich viele Schlupfwinkel. Wo früher ein Ausbeuter an uns sog, da saugen jetzt deren zehn, nur mit dem Unterschiede, daß bei dem früheren Kapitalismus, wenigstens dem guten, doch zum mindesten zu einem Teil das Allgemeinwohl gewahrt wurde. Jetzt aber fühlen wir den

Neukapitalismus

unbeschränkt, undefinierter existieren, fühlen ihn wie Kletten an uns kleben, wie Vampire an uns saugen. Früher konnte man dem sogenannten Industriekapitalismus noch eine gewisse Bewunderung entgegenbringen. Diesem Neukapitalismus von heute dagegen muß man nur das höchste Maß von Ekel ins Gesicht schleudern.

Am sympathischsten hat in der Neuzeit wohl die Losung berührt:

Sozialisierung.

Im Sinne der Arbeiter ist das der Wiederaufbau auf dem Wege der Annäherung der Arbeiter an die Produktion. Damit ist wohl die Auffassung der Arbeiter über die Sozialisierung kurz, aber recht präzise ausgedrückt. Der Schrei nach Sozialisierung ist nichts anderes als der Schrei nach

Befreiung des Menschentums,

der letzten Endes ausgeht von der Seele des Menschen. Das wird indirekt bewiesen dadurch, daß dort, wo die Sozialisierung nur technisch aufgefaßt und durchgeführt wird, keine Befriedigung ausgelöst wird. Deshalb ertönt heute die Warnung selbst hervorragender Sozialdemokraten vor einem Weiterschreiten auf diesem Wege, insbesondere die klare Warnung vor der Vollsozialisierung. Den Ausweg finden wir, wenn wir wieder unterscheiden: die technische Seite, die auf die Forderung ausgeht, daß die Sozialisierung nur da stattfindet, wo eine höhere Leistung als bei kapitalistischem Betriebe zu erwarten ist und die geistige Seite, die darauf ausgeht, die Sozialisierung nur geistig zu verstehen und zu werten.

Diese Sozialisierung der Menschen,

das Solidaritätsgefühl

der Menschen, rückt die betriebstechnische Seite an die zweite Stelle. Wo diese Solidarität vorhanden ist und den Menschen innerlich erfaßt hat, da tritt jede wirtschaftliche Form in die zweite Linie und es ist ganz nebensächlich, ob wir kapitalistisch oder sozialistisch regiert werden. Und daher muß die Frage, die im Interesse des Allgemeinwohls zu stellen ist, lauten:

Warum sollen wir jetzt erst große Umstellungen und kostspielige Umorganisationen [illegible]ischer Natur vornehmen, wenn der Gei[illegible] Menschen, die Reform dieses Geis[illegible] Ausschlaggebende ist? Wenn wir bei [illegible], was wir erreichen wollen, mit verhältnismäßig geringen Umstellungen bestimmter, bereits vorhandener Faktoren auskommen, warum dann erst die ungeheuerlichen Kosten?

Damit kommen wir an den Ausgangspunkt für die Stellung der christlichen Arbeiterbewegung zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Ein Wiederaufbau muß an Bestehendes anknüpfen und über allem muß der Geist stehen, der neue Geist, der wahre Solidaritätsgeist.

Damit fordern wir nicht Unmögliches. Jene für unser ganzes Leben nachhaltige, überwältigende Erfahrung vom 4. August 1914 braucht man sich nur ins Gedächtnis zurückzurufen, um sich zu überzeugen, daß es tatsächlich dieses Solidaritätsempfinden auf dem Grunde der Menschenseele gibt. Was damals einmal Erlebnis war, muß uns nunmehr tagtägliches Erlebnis werden. Vor jener geistigen, urgewaltigen, alles umfassenden Solidarität, jenem wahren

Geist des Christentums

muß aller äußerer Firnis einer sogenannten Zivilisation verfliegen, und da appellieren von dieser Stelle aus in dringenden Worten an die Volksteile, die auf diesem Gebiete mit ihrem Beispiel und ihrer Tatkraft voranzugehen haben. Gerade für die Wirtschaft ist der neue Geist der Solidarität, des Christentums notwendig, hier bedarf es eines höheren Faktors, einer höheren Rücksichtnahme, einer großen Idee, wenn überhaupt ein Ausgleich herbeigeführt werden soll.

Soll der Wiederaufbau gelingen, dann muß er sich in einer umfassenden, durchführbaren Form vollziehen. Der Zwang, der auf uns lastet, läßt keine Verschwendung an Kräften und Mitteln zu.

Wir übersehen ziemlich genau unseren Bedarf an Rohstoffen, wir übersehen mehr oder weniger die Notwendigkeiten auf dem Gebiete der Produktion, wir übersehen auch die Erfordernisse des Verkehrs. Mit einem Höchstmaß von Verantwortung müssen wir alle Kräfte darauf konzentrieren, das Letzte herauszuholen. Jede Schematisiererei, jeder Bürokratismus, der die Verantwortung erstickt, muß uns so fern liegen, wie irgend möglich. Immer wieder muß der Einzelmensch, das verantwortliche Individuum im Arbeiter sowohl als im Unternehmer im Vordergrund stehen. Was wir christlichen Arbeitern fordern, das ist:

Freie Bahn dem wirklichen Talent.

Dann lebt der Erfinder-, der Entdeckergeist wieder auf, der das deutsche Volk im Kriege unter den schlimmsten Entbehrungen nicht verlassen hat. Dann lebt der Geist der Verantwortung wieder auf, auch im einzelnen Arbeiter. Unsere gewerkschaftliche Erziehung zielt darauf hinaus, ein geistiges und sittliches Kraftzentrum in jedem einzelnen Migliede aufzuspeichern.

Wir müssen uns in unseren Gewerkschaften eine Gemeinschaft von wirklich freien Menschen schaffen. Weg mit der Einkapselung in eine wehleidige Humanitätsduselei, die eine falsche Diesseitsmoral predigt. Eiserne Pflichterfüllung ist wahre Ethik, ist wahres Menschentum.

Ueber dieses Erziehungsziel hinaus muß die Gewerkschaft ein Glied des gesamten Apparates einer gesunden und vernünftigen Volkswirtschaft sein, mit der sie verwachsen ist, auf deren Höchststand sie bedacht ist. Und da ergeben sich eine große Menge wichtiger Aufgaben gerade beim Wiederaufbau. Diese sind in diesen Tagen genügend aufgezählt worden. Dazu gehören die Aufgaben der Betriebsräte, die Stärkung des Willens und der Arbeitsfreudigkeit und der Verantwortlichkeit des Einzelnen, dazu gehören die Aufgaben, welche die Kollegen Mauer und Mehr in ihren Darlegungen gezeigt haben. Wir müssen immer den

wirklichen, positiven Abbau

auch bei der betriebsorganisatorischen Seite im Auge behalten.

Die politische Wendung der Neuzeit hat dazu geführt, daß der Gewerkschaftler ein Pfeiler des neuen Systems geworden ist. Er spricht überall ein gewichtiges Wort mit und da ist es nötig, daß wir uns nicht an dem Wohlklang unserer Worte und Reden erfreuen, sondern uns einarbeiten in die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der einzelnen Körperschaften, sei es im Reich, im Staat oder in der Kommune.

Weiter sollten wir uns bei der bedeutsamen Aufgabe des Wiederaufbaues darauf besinnen, auch gegenüber den anderen Schichten der Bevölkerung Solidarität im höchsten Maße walten zu lassen, und damit unser ganzes

soziales Leben

auf eine höhere Stufe zu bringen.

Das sind in großen Zügen einige Richtlinien, die uns leiten müßten. Wenn wir über alles das nachdenken, was uns hier bewegt, dann kommen wir zu der Auffassung: Es liegt doch ein Gehalt von Ewigkeitsbedeutung in der christlichen Arbeiterbewegung. Seien wir uns vor allem in kritischen Situationen dieser Bedeutung bewußt, und schöpfen wir aus ihr immer wieder neue Kraft. Stärken wir durch geistige Nahrung und geistige Arbeit den inneren Menschen. Auf den kommt es beim Wiederaufbau letzten Endes doch an. Dann tritt die Form des wirtschaftlichen Lebens in die zweite Linie. Im christlichen Metallarbeiterverband und insbesondere in der Broschüre des Kollegen Georg Wieber sowohl als auch auf der Generalversammlung sind erfreulicherweise diese Gesichtspunkte stets in den Vordergrund gerückt worden.

Jeder muß zunächst bei sich anfangen, erst dann kann er andere mitreißen. Ein Verslein, das bereits ein Alter von mehr als 4000 Jahren hat, ein Spruch des alten chinesischen Weisen Konfuzius trifft unsere heutige Situation so haarscharf, wie es der beste Dichter nicht inniger erleben könnte:

> Und um das ganze Vaterland zu ordnen, ging man aus vom Kleinen und man ordnete zunächst das eigene Haus. Doch ehe man das eigene Haus geordnet, säuberte, ging man erst von sich selbst aus und ordnete bei sich.

Nehmen wir diese Worte mit auf den Weg. Fangen wir bei uns selber an und bei unserem eigenen Haus. Dann mag der Feinde Schar das Schlimmste gegen uns ausklügeln, — wir wissen, wir glauben mit jenem Berge versetzenden, das heißt tätigen Glauben, daß noch einmal der Tag kommen wird, an dem wir in Bescheidenheit singen werden:

O Deutschland hoch in Ehren!

*) Aus dem Vortrage des Kollegen Dr. Brauer, Köln, auf unserer Generalversammlung in Essen. Der genaue Wortlaut wird in dem demnächst erscheinenden Protokoll der Generalversammlung veröffentlicht werden.

Moskau und die Gewerkschaften

Heinrich Strunk.

In Zukunft wird der Kampf in den sogenannten „freien" Gewerkschaften um ihre Selbständigkeit schärfer denn je entbrennen. Die Moskauer Sowjetzentrale verlangt, daß die Gewerkschaften in Zukunft unter ihr Diktum gestellt werden und so ein unselbständiges Anhängsel der Generalgewaltigen der Kommunisten werden. Die „freien" Gewerkschaften werden in den nächsten Monaten schwere innere Krisen durchzumachen haben und ebenso wie die U.S.P. in den Mahlstrom hineingezogen werden. Die Gewerkschaften sollen ihres alten Charakters entkleidet und zu einem kommunistischen Machtwerkzeug umgewandelt werden, das bei jeder passenden Gelegenheit sich politischen Zwecken dienstbar erweisen und widerspruchslos den russischen kommunistischen Gewalthabern unterordnen soll.

Die Moskauer 3. Internationale, das „zarische" Exekutivkomitee verlangt bekanntlich zunächst von allen Parteien, die sich ihr anschließen, unbedingten Kadavergehorsam, und ein großer Teil der U.S.P. wird diesen Kadavergehorsam leisten. Aber auch die Gewerkschaften, Betriebsräte, Genossenschaften, kurzum alle Organisationen der Arbeiter müssen dem Willen der Moskauer Diktatoren untergeordnet werden. In raffiniert ausgearbeiteten Bedingungen und Grundsätzen wird den Genossen auseinandergesetzt und auferlegt, wie sie die Gewerkschaften den Zwecken der Kommunisten dienstbar machen sollen.

In den „Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale" wird den aufzunehmenden Parteien unter Ziffer 9 und 10 zunächst folgendes zur Pflicht gemacht:

> 9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. **Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen.** Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums" (das sind die alten sozialdemokratischen Parteien! D. R.) zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.
>
> 10. Jede der kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale" der gelben (das sind die sogen. „freien" Gewerkschaften! D. R.) Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

Neben diesen Aufnahmebedingungen wird dann in den „Grundsätzen für die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und 3. Internationale" dargelegt, daß die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei unterzuordnen sind. Sodann wird kühl erwogen, unter welchen Umständen die Kommunisten sich die Führung aneignen können und wann sie, falls das nicht gelingt, **die Gewerkschaften zu spalten haben.**

Die diesbezüglichen Grundsätze lauten:

> 4. In Anbetracht des Einströmens gewaltiger Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in Anbetracht des objektiven revolutionären Charakters des wirtschaftlichen Kampfes, den die Massen im Gegensatz zur Gewerkschaftsbureaukratie führen, müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. Sie müssen die Initiative zur Bildung der Gewerkschaften ergreifen, wo diese nicht existieren.
>
> Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch, der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu entweder durch außergewöhnliche Vergewaltigungsakte seitens der Gewerkschaftsbureaukratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentralen) oder durch ihre engherzige aristokratische Politik, die großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisationen versperrt, genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. ... Nur auf diese Weise wird es möglich sein, aus den Gewerkschaften ihre opportunistischen Führer zu entfernen, nur auf diese Weise können die Kommunisten an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung treten und sie zu einem Organ des revolutionären Kampfes für den Kommunismus zu machen. Nur auf diese Weise werden sie die Zersplitterung der Gewerkschaften beheben, **und sie durch Industrieverbände ersetzen,** die von den Massen losgelöste Bureaukratie beseitigen und sie durch einen Apparat von Betriebsvertretern ersetzen können, wobei den Zentralen nur die allernotwendigsten Funktionen vorbehalten bleiben.
>
> 5. **Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisationen höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaften zurückschrecken,** wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf den Versuch, aus ihnen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teil des Proletariats.
>
> 6. ..... Es ist Pflicht der Kommunisten, in allen Phasen des Wirtschaftskampfes die Arbeiter darauf hinzuweisen, daß dieser Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Arbeiterklasse im offenem Ringen die Klasse des Kapitalisten besiegt und auf dem Wege der Diktatur das Werk des sozialistischen Aufbaues in Angriff nimmt. **Hiervon ausgehend, müssen die Kommunisten bestrebt sein, nach Möglichkeit eine volle Einheit zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei herzustellen, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei, als Vortrupp der Arbeiterrevolution unterzuordnen.** Zu diesem Zweck müssen die Kommunisten überall in den Gewerkschaften und Betriebswerken kommunistische Fraktionen bilden, mit deren Hilfe sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen und sie leiten. ...
>
> Die Aufgabe des Kommunisten besteht darin, sowohl die Gewerkschaften, als auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit Erkenntnis und Verständnis für die besten Methoden dieses Kampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus zu erfüllen. Indem sie diese Aufgabe ausführen, müssen die Kommunisten die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der Kommunistischen Partei unterordnen und auf diese Weise ein Massenorgan der Proletarier schaffen, die Basis für eine mächtige zentralisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, sie alle denselben Weg führt zum Sieg der Arbeiterklasse durch Diktatur des Proletariats zum Kommunismus.

Ein offenherzigeres Bekenntnis zur Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei und zur eventuellen Vernichtung der Gewerkschaften ist bisher noch von keiner sozialistischen Parteigruppe ausgesprochen worden. Der Kampf für oder gegen Moskau wird nun nicht nur in der U.S.P. ausgefochten, sondern auch die Gewerkschaftsversammlungen müssen diesem Kampfe dienen. Die „kommunistischen Zellen" in den „freien" Gewerkschaften, werden systematisch einer Unterhöhlung der Gewerkschaften dienstbar gemacht, und auf Geheiß der Moskauer Zentrale den Kampf innerhalb der Gewerkschaften entfachen und zielbewußt weiterführen. Aus den Grundsätzen über die Gewerkschaftsbewegung und die 3. Internationale läßt sich unschwer erkennen, daß man den Gewerkschaften an sich durchaus feindlich gegenüber steht; aber man sucht sich ihrer auch als Organe zur Beeinflussung der Arbeitermassen zu bedienen. Im Gegensatz zu den „Unionisten" warnt man zunächst vor einem Austritt oder freiwilligem Fernbleiben aus den Gewerkschaften und erblickt in jedem künstlichen Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften „eine riesige Gefahr" für die kommunistische Bewegung. Durch die kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften wird man diese von innen heraus zu sprengen suchen und im Sinne der Moskauer Diktatoren neu aufbauen. Bereits am Mittwoch, den 1. September, präzisierte der bekannte Leichen-Müller von Berlin (6 Monate gewesener Redakteur der Metallarbeiter-Ztg.), in einer in der „Neuen Welt" von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Ortskartell der „AfA" einberufenen Versammlung unter lebhaftem Beifall das praktische Vorgehen zur Erreichung dieses Zieles nach dem „Vorwärts" (Nr. 437) folgendermaßen:

> „Die Betriebsorganisation, auf die sich die Kommunistischen Arbeiter-Parteien stützen, läßt sich nicht mit Gewalt bekämpfen. Man muß den Angehörigen der Betriebsorganisation ebenso wie den Anhängern anderer von den freien Gewerkschaften abgesplitterten Organisationen **die Rückkehr zur freien Gewerkschaft möglich machen** und innerhalb derselben dafür wirken, daß sie das werden, was sie sein sollen und sie zu befreien von Karl Legien und Genossen. Der Kampf muß geführt werden unter der Parole: **Moskau oder Amsterdam!"**

Und Sinowjew, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der 3. (Moskauer) Internationale formuliert die Methode des Kampfes dahin, „daß die Gewerkschaften unmittelbar Hand in Hand mit der Kommunistischen Partei den Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Sowjetaufbau auf die Tagesordnung stellen, die Waffe des Generalstreiks in den Vordergrund rücken und die Vereinigung des Generalstreiks mit dem bewaffneten Aufstand vorbereiten müssen."

Wenn aber der Gewerkschaftsturm nicht von innen zu sprengen und im kommunistischen Sinne aufzubauen ist, dann „müssen die Kommunisten **zu einer Spaltung der Gewerkschaften schreiten und dürfen davor nicht zurückschrecken."**

Eben erst hat sich die neue Gewerkschaftsinternationale, der auch die Deutschen sogen. „freien" Gewerkschaften angehören, in Amsterdam neu fundiert; diese hat ebenfalls den Zorn der Moskauer Gewaltigen erregt und ihr wird ebenfalls hartnäckigster Kampf angesagt. (Siehe Ziffer 10 der Bedingungen). „Mit dieser gelben „Amsterdamer Zentrale" ist zu brechen und die entstehende neue internationale Vereinigung roter Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internationale anschließen, ist zu unterstützen."

Der Plan zur Eroberung der Gewerkschaften ist also großzügig angelegt. Der Kampf der Selbständigkeit der „freien" wird sicherlich scharf entbrennen. Das sehen bereits mehrere leitende Personen und Organe voraus. Die „Bergarbeiterztg.", die sich u. a. über die „beispiellose Unverschämtheit", mit der die Amsterdamer Zentrale als „gelbe" Internationale bezeichnet wird, sehr empört und bemerkt u. a.: „Und den von diesen Pionieren der internationalen Gewerkschaftskämpfe geführten Organisationsbund erdreistet sich der vom größenwahnsinnigen Machthunger befallene neue moskowitische Zarismus eine „gelbe Internationale" zu nennen! Das kennzeichnet diesen Zarismus, der über stumme Sklaven und kriecherische Lobhudler herrschen möchte, zur Genüge. Wo sind denn die „Hochburgen" der kommunistisch-unionistisch-syndikalistischen Vortrupps des neuen Zarismus anders zu Hause als bei uns in den Betrieben, in denen vordem die Gelben unter dem Schutz der Kapitalisten unsere gewerkschaftlich organisierten Kameraden terrorisierten! Scharenweise sind die ehrenwerten Persönlichkeiten zu nennen, die früher die Obleute der „gelben Werkvereine" waren oder wegen Unredlichkeit aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden und jetzt die wilden Männer in kommunistischem Gewande markieren. Zahlreiche dieser Hauptschreier sind als von der Reaktion bezahlte Spitzel entlarvt, die ungezählte ehrliche Arbeiter ins Unglück gestürzt haben. Immer mehr kommunistische Stoßtruppführer, die marktschreierisch auf „Moskau" und den bolschewistischen Zaren schwören, werden von ihren Vereinsgenossen als gemeingefährliche Spitzel demaskiert. Und unsere Gewerkschaftler sollten es dulden, daß ihre Organisation durch von Spitzel aufgeputschte „kommunistische Zellen" unterwühlt und zerrissen werden? Sollten es dulden, daß unser

Arbeit

Emil Volland.

Deutschland, das Land der Industrie, das Land der Technik und Erfindungen, das das Recht für sich in Anspruch nahm, eine Arbeiterschaft zu besitzen, die zu den tüchtigsten und intelligentesten unter den Kulturvölkern gehörte, durchlebt eine Zeit, in der es in allen Fugen seines gesamten Wirtschaftslebens kracht und knistert. Umwälzung und innere Kämpfe haben uns an den Abgrund der Verelendung gebracht und nur die Anspannung unserer gesamten Volkskraft kann ausschlaggebend wirken auf die wirtschaftliche Gestaltung der Verhältnisse für die graue Zukunft. An Händen und Füßen gebunden, der Willkür rücksichtsloser Gegner preisgegeben, macht sich durch die uns in letzter Zeit neu aufgelegten Kohlenlieferung das Gespenst der Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag mehr und mehr bemerkbar. Die Frage, wer hilft, drängt sich herauf und gar zu leicht glaubt heute der große Teil der Arbeiterschaft, dem man vor und während des Krieges goldene Berge, das Land der Zukunft durch die Lehre der Sozialdemokratie versprochen hat, nur die Richtung ist die richtige, die den ausgestellten Wechsel von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einlöst, den die Sozialdemokratie bei Ausbruch der Revolution nicht einlösen konnte.

Mit zugebundenen Augen rennt man heute in die Arme der Spartakisten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, noch mehr wie bisher die schon betrogene Masse zu betrügen. Aus all diesem blutigen Wirrsal und diesem gähnenden Abgrund gibt es keine Hilfe, keinen Ausweg, keine Rettung als im Sozialismus; so predigt er von Bordsteinen und Tribünen der verblendeten Masse des Volkes. Nur die Weltrevolution des Proletariats kann Ordnung bringen, kann allein Arbeit und Brot schaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen. Nieder mit der Ordnung, hoch die Rätediktatur! das ist die Losung der Stunde, die diese Volksbeglücker predigen.

Ist es denn so? Nein, und nochmals nein! Um dem Elend im allgemeinen, um der drohenden Arbeitslosigkeit zu steuern, dazu gehört in allererster Linie Disziplin, zielbewußte Arbeit, Ordnung. Um der Hungersnot und dem Elend, das sich durch Krankheit bemerkbar macht, vorzubeugen, dazu brauchen wir Nahrung, Kohle, Aufrechterhaltung des Verkehrs und geregelte Wirtschaftsverhältnisse. Wenn im Industriegebiet durch die „Glückseligkeitsbringer" Feiertag auf Feiertag angeordnet wird, wenn die Regierung durch Putsche an der Durchführung der Arbeit gehindert wird, wenn Spartakus die Arbeiter aus den Fabriken holt und die Räder still stehen; Wenn Spartakus den Mut hat, Ruhe und Ordnung zu predigen — gut; dann soll er auch den Mut haben zu sagen, daß sein Weg über Leichen, über Hungersnot und Elend führt.

Jetzt kommt es nicht darauf an, daß alles für später versprochen wird, heute ist die Zeit, die von uns verlangt, daß dem sich mehr und mehr breitmachenden Elend der Arbeitslosigkeit gesteuert wird, heute muß die Arbeiterschaft mit eiserner Faust in die Speichen des Wirtschaftsrades greifen und muß es vorwärts drehen. Es kommt einzig und allein auf das Heute und das Morgen an, denn heute und morgen brauchen wir Brot und Arbeit und vor allen Dingen Heilung von der Krankheit, die uns befallen hat.

Die Folgen des Programmes dieser Leute, die aufbauen wollen nach ihrer Art, wird für die Arbeiterschaft sein: „Frei von Arbeit, frei von Brot!" Elend für sich und ihre Familien und Elend und Enttäuschung für unser deutsches Volk. Die Dekrete radikaler Revolutionsbehörden und deren Führer über die Sozialisierung sind leere Worte, sind Phrasen. Warum? Weil die Sozialisierung heute ein Problem ist, das wir uns bei dem wirtschaftlichen Tiefstand Deutschlands nicht leisten können. Gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, das den Erwerb als ersten Punkt, und das Menschenrecht als letzten geltend macht, gibt es heute nur ein Mittel, und das ist: ein Wirtschaftssystem zu schaffen, in dem der Arbeiter den genügenden Einfluß hat. Menschenwürdige Entlohnung, menschenwürdige Behandlung mit allem Nachdruck zu verlangen, muß unsere Forderung sein.

Auf der anderen Seite muß die Arbeitsmöglichkeit durch planmäßige Gestaltung der Wirtschaft gegeben sein. Mit Fleiß und Energie, durch Schaffung von Werten, durch Arbeit muß versucht werden, dem Chaos zu entrinnen, das uns der verlorene Krieg und die verfehlte Politik bis heute gebracht hat. Mit Recht heißt es in der vom Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften herausgegebenen Broschüre: „Die christlichen Gewerkschaften":

> „Die christlichen Gewerkschaften gehen davon aus, daß Unternehmer und Arbeiter in gemeinsamer Tätigkeit den Ertrag der Unternehmung schaffen. Daher haben beide ein Recht auf einen bestimmten Teil des Ertrages. Im allgemeinen kann der Arbeiter den Unternehmer ebensowenig entbehren, als der Unternehmer den Arbeiter. Daher ist jede sozialistische Auffassung abzulehnen, die das Unternehmertum abschaffen will."

Gar zu wahr sind jene Worte und die Vorgänge der letzten Zeit, vor allem die Märzunruhen haben es gezeigt. Es gibt kein Recht der Straße, die Freiheit der Straße ist nichts als Raubgelüst. Für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfen, heißt Ordnung schaffen, heißt: durch Arbeit das wirtschaftliche Leben wieder hochbringen. Möge sich der Gedanke praktische Arbeit zu leisten, mehr und mehr Bahn brechen in den Reihen der deutschen Arbeiterschaft. Wir christlichen Gewerkschaften haben den Weg beschritten. Wir wollen keine russischen Zustände! Wir wollen nicht mit roher Gewalt uns unser Recht erzwingen! Wir wollen mit allem Nachdruck aber auf gerechte Weise uns unser Recht erkämpfen. Schulter an Schulter, Hand in Hand, wollen wir bestrebt sein, das Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Wir sind Gegner der spartakistischen Wahnidee, weil das Rätesystem, auf das seine Arbeit sich aufbaut, im stärksten Gegensatz steht zu der Verkündigung des Satzes vom gleichen Recht und gleicher Freiheit. Demokratie nicht Autokratie gibt uns christlichen Arbeitern, gibt der gesamten deutschen Arbeiterschaft die Gewähr für gleiches Recht in unserem Vaterlande.

Verband, dessen Geschichte schwerster Kämpfe der Bergarbeiterschaft gegen den rücksichtslosesten Kapitalismus ist, von feilen Spitzeln oder geistig verwirrten Fanatikern unterminiert wird?"

Auch im „Vorwärts" erkennt man die heraufsteigende kommunistische Gefahr für die Gewerkschaften. Es wird empfohlen, in sorgfältigen Beratungen Maßnahmen zu erwägen, die das frevelhafte Spiel der Moskowiter, die Gewerkschaften zu sprengen, vereiteln. Es wird empfohlen, daß man auch vor den schärfsten Mitteln, dem Ausschluß der Organisationszerstörer nicht zurückschrecken dürfe, um die selbständige Gewerkschaftsbewegung zu erhalten.

Ob sich die „freien" Gewerkschaften dazu stark genug fühlen, wagen wir ernsthaft zu bezweifeln. Der unabhängig-kommunistische Mauerfraß hat den „freien" Gewerkschaftsturm schon reichlich schwankend gemacht. In mehreren roten Zentralverbänden hat sich die kommunistische Richtung bereits der Führung bemächtigt.

In der Berliner Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes wurden noch am 27. August durch Generalversammlungsbeschluß die beiden Vorsitzenden, von denen der eine, Siegler, Unabhängiger, der andere Zirkel, Kommunist ist, ihrer Aemter enthoben, weil sie in der Frage der Organisierung der Betriebsräte, für ein Zusammengehen der Betriebsräte mit den Gewerkschaften gestimmt hatten. Dieser Vorgang ist durchaus typisch und beweist, daß es selbst den radikalsten Angestellten nicht mehr gelingt, die kommunistischen Geister in ihrem Schwärmen für Moskau zu bannen. Man könnte die „freien" Gewerkschaften bedauern wegen der traurigen Zeiten, denen sie entgegengehen; aber alle die alten Führer haben selbst mit den Samen für diese Entwicklung gelegt. Der Grundsatz „Freie Gewerkschaften u. Sozialdemokratie sind eins u. werden eins bleiben", den sie stets vertreten haben und nach dem sie die „freien" Gewerkschaften geleitet haben, zeitigt jetzt die traurigsten Früchte. Die Kommunisten, die sich heute allein als die wahren Sozialisten bezeichnen, verfolgen den von Bömelburg, Legien etc. aufgestellten Grundsatz konsequent weiter, allerdings zum Schaden der gesamten Arbiterschaft. Noch zu keinem Zeitpunkt ist die Existenzberechtigung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, die bis jetzt immer die parteipolitischen Bestrebungen innerhalb der Gewerkschaften grundsätzlich bekämpft haben, durchschlagender dargetan worden, wie gegenwärtig.

Zur Behebung der Eisennot

Franz Bechtold.

Besteht überhaupt eine Eisennot? In den Handelszeitungen kann man ab und zu lesen, daß genügend Eisen auf den Markt kommt und daß da und dort neue Eisenlager entdeckt oder erschlossen wurden. Solche Notizen können leicht zu dem Glauben verleiten, Eisen gäbe es genug, es müsse nur in genügenden Mengen gefördert werden. Im Augenblick wäre es allerdings möglich, den Weltbedarf an Eisen zu decken, ebenso für die nächste Zukunft. Wenn es dennoch ab und zu oder da und dort an Eisen fehlt, so ist daran der Krieg schuld, der ein Eisenverschwender ersten Ranges war und dann die vielfach unwirtschaftliche Eisengewinnung während des Krieges. Es kam da weniger darauf an, wie das Eisen gewonnen wurde als darauf, wieviel herausgeschafft werden konnte. Wie mit der Eisengewinnung Raubbau getrieben wurde, so auch vielfach mit den Menschen. Jedenfalls die Arbeitskräfte sind durch den Krieg erheblich geschwächt. Vier Jahre wurde für den Kriegsbedarf gearbeitet, der Friedensbedarf mußte zurückgestellt werden. So wurde der Bedarf groß und dringend. Mit der geschwächten technischen und persönlichen Kraft konnte er nicht in dem wünschenswerten Maß gedeckt werden. Aber allmählich hebt sich die Leistungsfähigkeit wieder und so kann man schon sagen, daß einstweilen schon die Möglichkeit vorhanden ist, den Weltbedarf an Eisen zu decken. Aber wie wird sich die Eisengewinnung für später gestalten und wird Deutschland seinen Bedarf ausreichend decken können?

Durch den verlorenen Krieg ist Deutschland um 67 v. H. seiner Eisenlager gekommen. Das wäre sehr schlimm, wenn es nicht die Möglichkeit hätte, diese Zufuhr aus derselben oder anderer Quelle weiter zu erhalten. Aus den früheren Erfahrungen wissen wir aber, daß das Eisen zu den Kohlen wandert und da verhüttet wird. Schwedisches Erz kommt ins Ruhrrevier, ein großer Teil des elsaß-lothringischen wird ebenfalls wieder dahin abfließen. Denn die Anlagen zur Verhüttung sind eben da schon vorhanden und da wird nach bewährter Art verhältnismäßig Vollkommenes geschaffen. Allzu bange braucht es Deutschland also nicht um Eisen zu sein. Trotz allen Hasses und aller Leidenschaft pflegen sich wirtschaftliche Notwendigkeiten in der Weltwirtschaft durchzusetzen. Die Verkehrsnähe der lothringischen Gruben wird schon dafür sorgen, daß das Eisen dahin gelangt, wo es am besten bezahlt und wo es am gewinnbringendsten verarbeitet werden kann und das scheint eben im Ruhrgebiet der Fall zu sein.

Nach den Schätzungen erfahrener Fachleute sind mehr Kohlenlager auf der Erde vorhanden als Eisenlager. Aber das Eisen ist haltbarer als die Kohle. Alteisen, alte Maschinen und Maschinenteile können wieder neu aufgearbeitet werden; wenn die Kohle dagegen verbrannt ist, so ist sie weg. Ihre Abbaufähigkeit wird in den einzelnen Ländern auf 800—1000 Jahre geschätzt, die des Eisens dagegen auf etwa nur 300 Jahre. So ganz ängstlich braucht es uns also im Augenblick nicht um das Eisen zu sein; immerhin eine fürsorgliche und weitausschauende Weltwirtschaftspolitik muß mit den engbegrenzten Vorräten rechnen. Schon vor dem Krieg wurde darauf hingewiesen, daß hochgradiges Eisenerz seltener und infolgedessen teurer werde. Darüber kann ja kein Zweifel sein, daß der zunehmende Abbau der Eisenlager dazu führt, mehr in die Tiefe zu gehen und auch Lager dritten, vierten und fünften Ranges auszubeuten. Auch dadurch wird das Eisen teurer. Der Eisenbedarf ist im vergangenen Jahrhundert auch sehr gestiegen. Von 2 Millionen Tonnen jährlich auf etwa 50 Millionen Tonnen am Ende des vergangenen Jahrhunderts.

Die größten Eisenvorräte haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Jul. Wolf berichtet, daß sie mit Kuba zusammen 3,2 Milliarden Tonnen hätten, Neufundland habe 1,9 Milliarden, Nordamerika also 5 Milliarden Tonnen. An Stelle Deutschlands ist nun Frankreich gerückt, das zu seinen 1,1 Milliarden Tonnen die Vorräte Lothringens erhalten hat. Schweden soll 0,7 Milliarden haben, Großbritannien nur 0,5 Milliarden. Solche weltwirtschaftlichen Zustände spielen auch sehr in die Politik hinein. So scheint das Bestreben Englands, Handelsverbindungen mit Rußland zu bekommen, nicht zuletzt darauf zurückzuführen zu sein, daß es in Rußland große Lager in Erzen vermutet, womit seine eigenen geringen Bestände ergänzt werden könnten. Die englische Regierung scheint es garnicht ungern zu sehen, daß seine Arbeiterschaft sich gegen eine Beteiligung am Krieg gegen die Bolschewisten wehrte. Die russischen Erzlager locken. Wie jüngst gemeldet wurde, gäbe es in Rußland ungeheuere Eisenerzfelder. Stimmt das, dann muß die Ansicht von den vorhandenen Eisenlagern doch etwas berichtigt werden.

Unter der Ueberschrift: Das Ende der Welteisennot brachte die Börsen-Zeitung einen Bericht aus Riga, in denen große Hoffnungen für die zukünftige Eisenversorgung gemacht werden. Der Geophysiker und Magnetologe Prof. Dr. Ernst Lehft hat in vierundzwanzigjähriger Forschungsarbeit die russischen Erzlager entdeckt. Schwedische Gelehrte prüften sein Material nach und sie stellten fest, „daß man es hier mit dem größten Erzlager der Welt zu tun habe". Lehft ist infolge der Entbehrungen, die er in der Bolschewistenzeit erdulden mußte, gestorben. Sein Name aber wird immer mit seiner Entdeckung verknüpft bleiben.

Dem genannten Bericht nach waren schon seit langer Zeit magnetische Störungen im Kursker Gouvernement (den heutigen Grenze zwischen Sowjet-Rußland und der Ukraine) bekannt; aber erst durch die planvollen Beobachtungen und Untersuchungen Lehfts wurde der Zusammenhang dieser Störungen aufgeklärt. Er überzeugte sich, daß jene Störungen auf Magnetitvorkommen ungewöhnlicher Größe zurückzuführen seien. Der unselige Krieg aber verhinderte einstweilen die Fortführung der Entdeckung. Nun haben der schwedische Prof. Dr. Petersohn (Lehrer der Grubenwissenschaft an der Berghochschule in Stockholm) und der Grubeningenieur Nathorst den ganzen Stoff nachgeprüft. Dabei stellte sich heraus, daß „die auffallende Gleichheit der von Lehft festgestellten großen magnetischen Anomalien (= Regelwidrigkeiten) mit denen, die in den schwedischen Eisenerz enthaltenden Gebieten beobachtet worden sind, nicht auf andere Weise erklärt werden kann, als daß diese von Magnetiterz (oder Magnetkies) herrühren und daß mit Rücksicht auf die Größe und Ausdehnung der beobachteten Anomalien ein Erzvorkommen von sehr großem Umfang vorliegt". Es seien zwei gleichlaufende Eisenlager in einem Abstand von 60 Kilometer und einer Länge von je 180 Kilometer. Nathorst bestätigt die Angaben Petersohns und fügt hinzu, daß es sich um Erzvorkommen von geradezu seltener Größe und Mächtigkeit handle. Daß die rasche Erschließung dieser so bedeutungsvollen Lager gefordert wird, ist geradezu selbstverständlich.

Rußland hat mit diesen Lagern tatsächlich ein Anreizmittel der kostbarsten Art in der Hand. Sein Wirtschaftsdiktator Krassin verhandelte schon im vergangenen Jahr wegen der Ausbeutung dieser Lager mit einem Syndikat. Die Sowjetregierung sollte 7½ v. H. der Erzförderung erhalten und die russische Industrie ihren Bedarf bekommen. Vom Erlös sollte der russischen Regierung 50 v. H. übergeben werden, damit sollte eine Kreditgrundlage im Ausland für den Ankauf von Gütern geschaffen werden. Die Verhandlungen zerschlugen sich aber und so harren die Lager heute noch des Anstichs. Daß auch Deutschland als Nachbar ein Interesse daran hat, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben werden. Vielleicht gelingt es den deutschen Vertretern, die Sache zu fördern und so der deutschen Wirtschaft mit zum Aufstieg zu verhelfen.

Ueber das Erzvorkommen fertigt Lehft besondere Karten an. Dr. Paul Rohrbach schreibt, daß er sie selber in der Hand hatte und nur bestätigen könne, wie sorgfältig und scharf sie aufgenommen wären. Die schwedischen Gutachten seien um so bemerkenswerter, als Schweden durch die Erschließung dieser Lager eine starke Konkurrenz erhalten würde. Zuguterletzt würden ja die Bohrungen entscheiden, aber auch Rohrbach meint, daß die magnetischen Beobachtungen für gewaltige Lager sprächen. „Urteilt man nach der Aehnlichkeit der schwedischen Vorkommen, so müßten die Lager bei Kursk für Jahrhunderte ausreichen, um die Industrie Europas zu versorgen". Mit der Sowjetregierung sollte ein Syndikat über die Erschließung verhandeln, ihre Bedingungen seien nicht unbillig; nur müsse man daran denken, daß die Sowjetregierung jeden Vertrag mit der stillschweigenden Klausel: Bis zur Weltrevolution schließe. Zeitgemäßer als die Weltrevolution sei allerdings die Frage, wie lange die Bolschewisten am Ruder bleiben und was dann komme. Was aber auch kommen möge: Eine jede russische Regierung müsse darauf bedacht sein, Ausfuhrwerte zu schaffen und sie werde für die Auswertung des großen Kursker Unternehmens ausländisches Kapital und ausländische Technik nötig haben. Wird die Ukraine selbständig, dann geht die russisch-ukrainische Grenze gerade zwischen dem nördlichen und südlichen der beiden Erzlager hindurch. Das nördliche läge dann im russischen, das südliche im ukrainischen Sprachgebiet. Dr. Rohrbach wünscht, daß die Russen unabhängig von der Ukraine zu reichlichem Eisen kommen (bisher hatten sie solches nur im Ural, das zwar für Rußland selber, nicht aber für die Weltwirtschaft von Bedeutung war), denn dadurch würde die zukünftige politische Gestaltung Osteuropas erleichtert werden. Für die Ausbeutung könnte ein Teil der Arbeiter aus den „leistungsfähigen und geschickten deutschen Kolonistenbauern", (deren Ansiedlungsgebiet südlich von Kursk beginnt), genommen werden. Ihre Lebensverhältnisse seien jetzt so erschwert, daß sie vermutlich dafür zu haben sein werden. Auf keinen Fall aber dürfen die Eisenlager von Kursk einer Macht allein zur Ausbeutung übergeben werden, meint Rohrbach, mehr brauche im Augenblick nicht darüber gesagt zu werden.

Jedenfalls: Deutschland hat allen Grund, darauf zu sehen, daß es bei diesem Geschäft nicht zu kurz kommt. Ganz allgemein gesprochen: Die Erschließung dieser Lager wird ihren Einfluß auf dem Welteisenmarkt geltend machen; ganz einerlei, wer sie anbohrt und wer die Erze fördert. Der Weltbedarf erfordert die Erschließung; sie wird kommen und daran dürfen neue Hoffnungen geknüpft werden.

Streiflichter.

Alle Schuld rächt sich auf Erden!

Ein eigenartiger Vorfall, der sich in einem Krupp'schen Betriebe bei Gelegenheit der Betriebsvertreterwahl ereignete, verdient in weiten Kreisen bekannt zu werden. Schon lange vor dem 9. November 1918, in einer Zeit, in der immerhin etwas mehr als ein großes Mundwerk dazu gehörte als Vertreter seiner Arbeitskollegen zu fungieren, war in dem fraglichen Betriebe ein Kollege unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes zur allgemeinen Zufriedenheit desselbst als Ausschußmitglied tätig.

Heute, wo es nach den Anweisungen des „unabhängigen" Deutschen Metallarbeiterverbandes in erster Linie auf die einwandfreie revolutionäre Gesinnung und unabhängige Abstempelung ankommt, um als „tüchtiger" Arbeitervertreter gelten zu können, ist unser Kollege, wahrscheinlich deshalb, weil er seine Besinnung auch über den 9. November bewahrt hat, bei den U. S. P.-Helden in Ungnade gefallen.

Da nun durch das Verhältniswahlsystem ein Ausschalten unseres Kollegen, der das volle Vertrauen seiner Verbandskollegen besitzt, nicht möglich war, versuchte man ein anderes Experiment.

Eine der bekannten Betriebsversammlungen innerhalb des Betriebes wurde arangiert. U. S. P. besteigt die improvisierte Rednerbühne, spricht seinen sattsam bekannten Spruch und kommt zu dem selbstverständlichen Schluß, daß in der neuen Zeit nur einwandfreie, tadellose Leute mit durchaus reiner Weste eben gut genug seien, als Arbeitervertreter wirken zu können. Da er glaubt, durch solche Behauptungen genügend beweiskräftiges Material gegen unseren Kollegen vorgebracht zu haben, folgt der übliche Protest und die Aufforderung an unseren Kollegen, sein Mandat niederzulegen.

Soweit ging alles gut. Aber: „Mit des Geschickes Mächten, ist kein ewiger Bund zu flechten." Jetzt meldete sich einer aus unseren Reihen. Er führte etwa folgendes aus:

Die Worte seines Vorredners über die reine Weste hätten bei ihm alte Erinnerungen geweckt und ihn überzeugt, daß es tatsächlich notwendig sei, die gewählten Vertreter nicht so sehr nach ihrem großen Mundwerk als nach ihren Taten einzuschätzen. In der richtigen Erkenntnis dieser Wahrheit müsse er von seinem Vorredner, der ja als erster auf der Liste stehe, trotzdem er U. S. P.-Mann sei, verlangen, daß er zuerst sein Amt niederlege. Seine Weste erscheine ja bei bloßer oberflächlicher Betrachtung tadellos rein und fleckenlos. Bei näherem Zusehen weise dieselbe jedoch einen großen und häßlichen Flecken auf, über den die Zeit eine leichte Decke gewebt habe. Mit diesem Flecken habe es seine eigene Bewandnis, die beste Reinigungsanstalt sei nicht imstande, denselben zu entfernen.

„Du erinnerst Dich Kollege", so führte er weiter aus, „daß Du vor langer Zeit auch einmal Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes gewesen bist. Nicht nur Mitglied, sondern auch Vertrauensmann, der die Beiträge einzukassieren hatte. Du wirst dich auch erinnern, daß du damals von diesen Arbeitergroschen einen wesentlichen Betrag vergessen hast abzuliefern, und daß du so vergeßlich wurdest, daß du sogar vergaßest deine eigenen Beiträge zu bezahlen. Um denn der Sache aus dem Wege zu gehen, bist du aus dem Verband ausgetreten und war es nur der Gutmütigkeit der Christen zu verdanken, daß die Angelegenheit damals für dich keine weiteren Folgen hatte. Wer mit einem solchen Makel behaftet ist, hat am allerwenigsten Veranlassung, auf andere mit Steinen zu werfen. Wenn auch heute bei vielen über die Eigentumsverhältnisse eine Begriffsverwirrung Platz gegriffen hat, und der Grundsatz scheinbar gilt: „Was Dein ist, ist auch mein", so ist vor dreizehn Jahren die Sache doch noch anders gewesen. Wir als Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes halten an den alten bewährten Grundsätzen fest und lehnen dich deshalb ebenfalls ab."

*

Arbeiter in Konzentrationslagern.

In der „Freiheit", dem Organ der U. S. P., veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Dittmann in den Nummern vom 31. 8. und 2. 9. dieses Jahres seine Eindrücke und Erlebnisse in Sowjetrußland. Seine Schilderungen übertreffen alles, was bisher Entsetzliches und Fürchterliches über die Zustände in Rußland gesagt worden ist. Er ist dieserhalb von einer Anzahl seiner Parteigenossen, die in ihrer blinden Leidenschaft und Vorliebe für die Räterepublik die wahren Zustände dieses Landes der deutschen Arbeiterschaft verheimlichen wollen, heftig angegriffen worden. Darauf konnte Dittmann bereits erwidern: „Meine Artikel haben die volle Zustimmung des Berliner Sowjetvertreters gefunden." Im Leipziger Volkshaus, am 5. September, sagte der Genosse Block u. a. wörtlich:

> „Zu den Angriffen wegen der Artikel Dittmanns muß gesagt werden, daß Sinowjew verlangt hat: Sagt doch den deutschen Arbeitern, wie es in Rußland aussieht, damit die Einwanderung aufhört."

Und was sagt nun Dittmann vor allem über die Lage der Arbeiterschaft in Rußland?

„Sie (die Bolschewiki. Die Red.) gaben die Idee der demokratischen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Proletariats preis und gingen Schritt für Schritt dazu über, ein System des staatlichen Zwanges auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens einzuführen. Dabei mußten sie aus der Diktatur des Proletariats, die sie ursprünglich gewollt hatten, eine Diktatur über das Proletariat machen, das Proletariat als Klasse, als Gesamtheit ebenso zum Objekt ihrer Politik machen, wie die stumpfe Bauernmasse."

„Nach dem offiziellen Bericht des revolutionären Tribunals sind vom 15. Juni bis 15. Juli d. J. allein innerhalb eines Mon-

noch 893 Personen auf Geheiß der außerordentlichen Kommissionen erschossen worden, außer den „administrativen" Erschießungen.

Wo bleibt da der „flammende Protest" der U. S. P. und Spartakisten gegen dieses Blutregiment, den sie in so überreichem Maße auf Grund unbewiesener Alarmnachrichten aus „Weiß-Ungarn" verschwendet haben?

Weiter heißt es: „. . . . Die allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeführt, Deserteure werden erschossen. Ebenso ist das Wirtschaftsleben militarisiert, Arbeiter dürfen nicht streiken, sonst werden sie als „Deserteure der Arbeitsfront" in Konzentrationslagern zur Arbeit gezwungen. Für Frauen besteht die Arbeitspflicht vom 18. bis zum 40., für Männer vom 18. bis 50. Lebensjahre. In den Betrieben ist die Herrschaft der Betriebsräte längst beseitigt. Der Betrieb untersteht einer Verwaltung, die von oben eingesetzt wird. Die Betriebsräte haben nur für soziale Fürsorge, Arbeitsdisziplin und Parteiagitation zu sorgen, in die Betriebsverwaltung aber haben sie nicht drein zu reden, sie sind nur Hilfsorgane der Kommunistischen Partei und der Staatsbureaukratie; das gleiche gilt von den Gewerkschaften. Alle Arbeiter eines Betriebes sind zwangsweise Gewerkschaftsmitglieder, die Beiträge werden vom Lohn abgezogen.

Da das Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei als Anwartschaft auf irgend ein Amt in der Sowjetbureaukratie angesehen wird, drängen sich unausgesetzt zweifelhafte Elemente in die Partei, die man durch summarische Reinigungen in periodischen Abständen wieder auszuscheiden sucht, wobei rein willkürlich verfahren wird. Ein Teil der alten Beamten und der Intellektuellen, Angestellten, Kaufleute usw. sucht, vom Hunger getrieben, in den vielen Bureaus der Sowjeteinrichtungen Unterschlupf und treibt dort vielfach Sabotage. Von den Mitgliedern der „Kommunistischen Partei" ist der größte Teil in irgend einer Sowjeteinrichtung angestellt. Nach der letzten offiziellen Statistik des Zentralkomitees der Partei waren von den 604 000 Mitgliedern, die sie in ganz Rußland zählt, nur noch 70 000, d. h. 11 Prozent, als Arbeiter tätig!"

Dem brauchen wir wirklich nichts mehr hinzuzufügen.

*

Ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer als „Rechtsbeistand" eines „Ausbeuters".

Es hat uns schon oft stutzig gemacht, daß sozialdemokratische Größen, die sich sonst über die Ausbeutungsgier in Versammlungen natürlich furchtbar entrüsteten, daß dem Zuhörer ein kalter Schauer über den Rücken lief, dann, wenn sie es selbst zum Arbeitgeber gebracht hatten, in der Ausbeutung ihrer Angestellten und Arbeiter den übrigen Arbeitgebern nicht im geringsten nachgaben, ja sie vielfach noch weit übertrafen. Wie diese Größen, so versuchen auch nachmal die kleinen sozialdemokratischen Durchschnittsagitatoren, getreu dem Beispiel ihrer großen Vorbilder, eine ähnliche Tendenz zu entwickeln.

So waren die Garderobefrauen des Duisburger Stadttheaters die Opfer einer Ausbeutung schlimmster Art durch eine von der Stadt bestellten Pächterin. Als durch eine vom Christlichen Transportarbeiterverband eingeleitete Lohnbewegung endlich einmal in die Zustände hineingeleuchtet worden war, suchte die Pächterin eine Frau, die als Vertrauensperson an der Bewegung besonders beteiligt war, durch schikanöse Versetzung zu maßregeln. Die Vertreter des christlichen Verbandes traten sofort für die Frau ein und suchten die Zurücknahme der Maßregelung zu erlangen. In die diesbezüglichen Verhandlungen wurde vom Arbeitgeber der Bevollmächtigte Wimar, vom sozialdemokratischen Transportarbeiterverband, hineingezogen. Auf die Frage, was dieser dort zu suchen habe, wo doch kein einziges Mitglied seines Verbandes an der Bewegung beteiligt sei, erwiderte der Arbeitgeber, daß er Wimar als seinen Rechtsbeistand zugezogen habe. Dieser famose Rechtsbeistand war es dann auch, der den Forderungen des christlichen Vertreters den schärfsten Widerstand entgegensetzte. Erst, nachdem der Christliche Transportarbeiterverband diesen „Rechtsbeistand" energisch abgelehnt hatte, kam man mit dem Pächter selbst zu einer Einigung. So sieht die sozialdemokratische Arbeitervertretung aus.

*

Sklaven der Entente.

Die sozialistische Streikleitung bezw. der Arbeiterrat der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisen-A.-G., Abt. Stahlwerk Krieger in Oberkassel, hat sich an den Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission in Neuß mit folgendem Schreiben gewandt:

„Die Arbeiterschaft des Stahlwerkes Krieger bittet um die Zustimmung der belgischen Besatzungsbehörde, die Direktion absetzen zu dürfen, und das Stahlwerk Krieger selbst zu übernehmen.

Als Gegenleistung für diese Zustimmung wollen sich die Arbeiter verpflichten, in Zukunft nur noch für die Entente zu arbeiten."

Der tiefste Ekel muß einen bei solcher Würdelosigkeit erfassen. Soweit haben volks- und landfremde Hetzer inzwischen deutsche Arbeiter bringen können, daß sie sich in der tiefsten Not des deutschen Volkes in dieser schmierigen Weise bei den Kapitalisten der Entente anzubieten versuchte. Gegen eine solche Art von „Sozialisierung" erheben wir christlichen Arbeiter flammenden Protest.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. September der 40. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 25. September bis 1. Oktober.

*

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:

Mechernich (Eifel). 1. Klasse 4 M., 2. Klasse 3,50 M., halbe Beitragsklasse 2 M., Jugendl. Arb. 1 M., Lehrlinge 0,75 M.

Aus dem Verbandsgebiet

Duisburg. Die Generalversammlung des 2. Vierteljahres der Ortsverwaltung Duisburg wurde im Gesellenhaus Ruhrort, vom Vorsitzenden, Kollegen Ketzer, geleitet. Es mußte scharf gerügt werden, daß gerade die Zahlstellen der linken Ruhrseite, die stets für die Verlegung der Versammlung sind, sich nicht in genügender Zahl beteiligt haben. Das mögen sich diese Zahlstellen sowie diejenigen, die überhaupt nicht anwesend waren, zur Veranlassung dienen lassen, für Abhilfe zu sorgen.

Den Ausführungen des Kollegen Schotten zum Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Einnahme für die Hauptkasse 172 500.20 Mark, Ausgaben 17 628 M., mithin wurde an die Hauptkasse abgeführt 154 872.20 M. Die Einnahme für die Lokalkasse betrug 186 126.55 M., dazu ein Lokalkassenbestand von 23 851.23 M., ist 209 977.81 M. Dem steht eine Ausgabe von 112 649.74 M. gegenüber, so daß ein Lokalkassenbestand von 97 328.14 M. zu verzeichnen ist. Der Referent führte den Delegierten vor Augen, wie richtig es war, daß vom 15. Mai ab die Beiträge erhöht wurden. Die Mitgliederbewegung war stabil, eine große Zahl Uebertritt aus anderen Verbänden konnte festgestellt werden. Aufnahme und Austritte, gegenüber gestellt, ergaben, daß die Fluktuation zu groß sei, hier muß mit allen Mitteln das Uebel an der Wurzel gefaßt werden. Scharf wurde gerügt, daß die von der Verwaltung angesetzten Vertrauensmännersitzungen so schlecht besucht waren. Vorstand und Vertrauensmänner in jeder Zahlstelle müssen die engste Fühlung haben. Die Aufgabe der Vorsitzenden ist es nicht allein, monatlich eine Versammlung zu eröffnen und zu leiten, sondern über alle Dinge in der Zahlstelle unterrichtet zu sein. Besonders muß er stets Kenntnis haben von den Abrechnungen, Vorschüssen, Aufnahmen, Austritten usw., um möglichst wöchentlich mit seinen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern eventuelle Uebelstände sofort abzustellen zu können. Mit dem dringenden Appell, das Gehörte in die Tat umzusetzen schloß der Redner seine Ausführungen. Die Diskussion ergab, daß alle Delegierten sich in diesem Sinne betätigen wollen und daß kein Kollege dazu zu alt sein dürfe. Alsdann nahm Kollege Padberg das Wort zu einem Referat über: Die Aufgaben unserer Betriebsräte, an welches sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Der anregende Verlauf der Generalversammlung dürfte für alle Kollegen ein Anreiz sein, nicht nur für besseren Besuch dieser bedeutsamen Veranstaltungen der Ortsverwaltung zu sorgen, sondern auch in der Mitarbeit an der Ausbreitung und den Aufgaben des Vorstandes immer rühriger und eifriger zu werden.

*

Ludwigshafen. Hier fand im Elisabethenheim eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung unseres Verbandes statt, in der Bezirksleiter Gengler von Stuttgart über den Verbandstag in Essen und die wirtschaftliche Lage referierte. Ausgehend von dem Metallarbeiterstreik in der Pfalz sprach er zunächst über den einmütigen Verlauf unseres Verbandstages im Gegensatz zu dem des deutschen Metallarbeiterverbandes, berichtete dann eingehend über die gefaßten Entschließungen desselben und die den Zeitverhältnissen angepaßten neu festgelegten Unterstützungssätzen, die in den Spitzensätzen über die der gegnerischen Organisation hinausgehen und verbreitete sich dann eingehend über die allgemeine wirtschaftliche Lage.

Seine von hohem Idealismus und überzeugender Kraft getragene Rede klang darin aus, daß nur die Grundsätze des Christentums uns wieder bessere Verhältnisse bringen können, wenn diese Gemeingut des ganzen Volkes geworden sind.

In der nun anschließenden Diskussion berichtete Kollege Graber (Bozheim) über die Bewegung im Saargebiet. Andere Kollegen brachten den Wunsch zum Ausdruck, daß die Arbeiterschaft mehr wie bisher über die Grundsätze und Ziele der christlichen Arbeiterbewegung aufgeklärt werden müsse, dann würde auch hier in Ludwigshafen die christliche Arbeiterbewegung wie auch in anderen Gebieten immer mehr Massenbewegung werden.

Kollege Gable referierte noch über eine Sitzung, die in Ludwigshafen im Stadthaus stattfand wegen des Steuerabzuges.

Nach Erledigung sonstiger geschäftlicher Angelegenheiten schloß Kollege Schwarz die Versammlung mit einem Treugelöbnis zur christlichen Arbeiterbewegung, insbesondere zum Christlichen Metallarbeiterverband.

Kollegen von Ludwigshafen und Umgebung, an euch liegt es nun, ob wir das Ziel, das wir uns in dieser Versammlung gesteckt, erreichen. Es wird möglich sein, wenn jeder seine Schuldigkeit tut und jeder dem Verbande gegenüber seine Pflicht erfüllt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Seid stets eingedenk des schönen Spruches: Erfülle deine Pflicht, was höheres gibt es nicht, auch gegenüber deiner Organisation!

*

Berlin. (Roter Terror vor dem Groß-Berliner Schlichtungsausschuß.) Berechtigte Empörung rief es in der Vorkriegszeit sowohl in der Arbeiterschaft, wie allen sittlich hochstehenden Kreisen hervor, wenn Herrenmenschen im Unternehmerlager die Freiheit des Koalitionsrechts nicht respektierten und Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit maßregelten. Seit dem bekannten Abkommen der Spitzenverbände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vom 15. 11. 18, das die gegenseitige Anerkennung brachte, wird das freie Koalitionsrecht durch die Arbeitgeber geachtet. Um so bedauerlicher ist es, wenn die Unantastbarkeit des freien Organisationsrechtes unter der gesamten Arbeiterschaft selbst noch nicht Gemeingut ist; wenn Arbeiter, die das Wort Freiheit bei jeder Gelegenheit im Munde führen, dieselbe zu einem verwerflichen Organisationszwang mißbrauchen und dabei selbst nicht zurückschrecken, über die Standesgenossen die Hungerpeitsche zu schwingen.

Solche Gewaltmenschen beherbergt auch der Betrieb der Groß-Berliner-Straßenbahn. Seit Beginn dieses Jahres setzten die sozialdemokratischen Vertrauensmänner dem in einer Betriebswerkstätte beschäftigten, im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Schmied Sch. zu. Der Arbeiterausschuß drohte mit Entlassung im Falle der Verweigerung des Uebertritts. Eine Verhandlung des Bezirksleiters des Christlichen Metallarbeiterverbandes mit dem Ausschuß brachte diesen trotz der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes nicht von seinem terroristischen Verhalten ab. Die Leitungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Transportarbeiterverbandes mißbilligten das Vorgehen des Arbeiterausschusses, schufen aber keine Abhilfe. Da Sch. seiner christlichen Organisation treu blieb, wurde er am 5. Mai entlassen. Er rief den Schlichtungsausschuß an. Nach wiederholter Vertagung kam es am 28. Juli zur entscheidenden Verhandlung.

Der Fall lag auf Grund der Schutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes einwandfrei. Trotzdem wagten es die sozialdemokratischen Vertreter, den Terror zu verteidigen. Selbst der Beamte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Koch, billigte den Vorgang, und suchte das Recht zu Gunsten der Gewalt zu beugen. Dieser Versuch mißlang. Der Schlichtungsausschuß fällte folgende Entscheidung:

„Die zum 5. Mai 1920 ausgesprochene Kündigung ist unwirksam. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Antragsteller weiter zu beschäftigen oder ihm eine Entschädigung von 2500 M. zu zahlen.

Gemäß § 87 Abs. 3 des Betriebsrätegesetzes hat innerhalb dreier Tage nach Kenntnis von dem Eintritt der Rechtskraft der vorstehenden Entscheidung der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer mündlich oder durch Aufgabe zur Post zu erklären, ob er die Weiterbeschäftigung oder die Entschädigung wählt. Erklärt er sich nicht, so gilt die Weiterbeschäftigung als abgelehnt.

Begründung: Nach den übereinstimmenden Erklärungen des Beschwerdeführers, des Vertreters der großen Berliner Straßenbahn und des Vorsitzenden des Betriebsrates ist die Kündigung darum erfolgt, weil der Beschwerdeführer nicht dem Metallarbeiterverbande angehörte und sich auch weigerte, diesem Verbande beizutreten. Zwar enthält der maßgebende Tarifvertrag eine Bestimmung, wonach tunlichst nur Mitglieder der vertragschließenden Verbände eingestellt werden sollen, eine solche Bestimmung wäre aber, wenn sie als zwingende Vorschrift gemeint wäre, rechtsunwirksam, weil sie dem der Reichsverfassung und dem B. R. G. zu Grunde liegenden Grundsatz der Koalitionsfreiheit widersprechen würde. (Verg. Feig-Sitzler, Anm. 9 zu § 78 des B. R. G.)

Gem. Abs. 1 Nr. 18 § 84 des B. R. G. durfte die Kündigung wegen der Zugehörigkeit zu einem beruflichen Verein, daher trotz der angezogenen Bestimmung des Tarifvertrages nicht ausgesprochen werden.

Hinsichtlich der Höhe der Entschädigung war zu berücksichtigen, daß der Beschwerdeführer nach den übereinstimmenden Aussagen der Streitteile seit 1913 im Betriebe beschäftigt war, und im Durchschnitt des letzten Jahres ein Monatsverdienst von 600 M. bezogen hat.

gez.: Professor Kastel, unp. Vorsitzender."

Diese Entscheidung ist von grundsätzlicher Bedeutung. Sie spricht aus, daß Koalitionsfreiheit jeden Koalitionszwang ausschließt und somit tarifliche Bestimmungen, wonach nur Arbeiter bestimmter Organisationen beschäftigt werden dürfen, rechtsunwirksam sind. Dies mag der nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft Anlaß geben, sich an dem Auftreten des Sch. ein Beispiel zu nehmen und sich dem roten Terror nicht zu beugen. Zur Ehre der Direktion der Groß-Berliner-Straßenbahn sei ausgesprochen, daß sie sich nach dem Schiedsspruch den Rechtsstandpunkt zu eigen gemacht hat, indem sie Sch. wieder einstellt und ihm seinen Verdienstentgang für die zurückliegende Zeit vergütet hat. Für Organisationen aber, die den Terror billigen oder ihn bei ihren Mitgliedern nicht unterbinden, bildet der Rechtsspruch ein Brandmal.

*

Münster bei Dieburg. Der Christliche Metallarbeiterverband, Sektion Münster, hielt kürzlich eine gutbesuchte Monatsversammlung ab, in welcher zum ersten Male der neue Beamte unseres Bezirks, Kollege Wesp-Darmstadt, anwesend war. Nach Erledigung der umfangreichen Tagesordnung fesselte das Referat des Koll. Wesp die Versammlung, zu welcher sich erfreulich zahlreich die Kolleginnen und Kollegen des Christlichen Gewerkschaftskartells Münster eingefunden hatten. In klarer, wohldurchdachter Weise gab der Referent ein Bild der vergangenen Zeit; der ernsten Gegenwart und einer Zukunft, welche in allen Beziehungen dunkel vor uns liegt, unsere ganze Arbeitskraft, unseren ganzen Lebensmut und vollstes Gottvertrauen erfordert, wenn wir aus diesem seelischen, moralischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruche zu besseren, sittlicheren Lebens- und Existenzverhältnissen uns emporarbeiten und durchringen wollen. Bestimmt und klar gab er Richtlinien sowohl für die Organisation wie Verbandstätigkeit und forderte von allen Anwesenden, trotz Sturm und Drang, trotz Not und wirtschaftlicher Verworrenheit den Weg des Rechts und der Gerechtigkeit zu gehen, aber auch Mannesmut zu zeigen wo es gilt, die Ideale der christlichen Gewerkschaftsbewegung und christlichen Weltanschauung zu verteidigen, zu fördern und zu schützen und auf diese Weise auch der Gesamtheit unseres Volkes zu dienen. Nur im Gebote der Gottes- und Nächstenliebe sind die Wurzeln einer besseren Zukunft zu finden, wenn alle Berufsstände sich in diesem Sinne erkennen, verstehen lernen und richtig auf ihren Wert einzuschätzen wissen. Nur auf diesem Wege kann und wird es besser werden. Nachdem der Referent noch verschiedene Verbesserungen im Verbandswesen bekanntgegeben hatte, ermahnte der Versammlungsleiter, Koll. Lindner, die Anwesenden, diese wahrhaft idealen Worte zu beherzigen und freudig in die Tat umzusetzen, damit durch Arbeit und Leben im christlich-sittlichem Sinne unser Volk neu erstarke, die Verhältnisse sich bessern und im neuen deutschen Vaterlande neues Gottvertrauen, neues Menschenvertrauen und neue sittliche Kraft zum Segen des Einzelnen wie der Gesamtheit emporblühe.

*

Deutsch-Krone. Die Kollegen, der in der Umgegend von Schneidemühl und Deutsch-Krone gelegenen Hammerwerke haben sich im Christlichen Metallarbeiterverband zusammengeschlossen. Auch gelang es unter Zuhilfenahme des Schlichtungsausschusses, einen Tarifvertrag und damit Einheitlichkeit, hinsichtlich Entlohnung und Arbeitszeit durchzuführen. Da die Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Kollegen so gering ist, daß es sich nicht lohnt, in jedem Orte eine Versammlung abzuhalten, müssen sie sich zu ihren Versammlungen jedesmal an einen Zentralpunkt in Schneidemühl oder in Deutsch-Krone zusammenfinden. Der Versammlungsbesuch ist daher sehr umständlich und mit Eisenbahnfahrkosten verbunden. Das darf indes kein Grund sein, den Versammlungen fernzubleiben. Die Arbeitgeber sind dem Tarifvertrag, der nur noch bis Oktober läuft, nicht sonderlich freundlich gesinnt. Wenn sie auch die festgelegten Akkordsätze zahlen, so zeigen einige doch noch sehr starke Abneigung, den sonstigen Tarif festgelegten Vereinbarungen Rechnung zu tragen. Sache der Kollegen muß es aber sein, die Tarifbestimmungen restlos zur Durchführung zu bringen. Vereinbarungen werden getroffen, um von beiden Seiten beachtet zu werden. Zeigt sich die Arbeiterschaft der einen Firma lau, so wird nicht nur die Belegschaft dieser Firma geschädigt, sondern auch die Firmen, die den Tarif innehalten, und denen so Schmutzkonkurrenz geboten wird. Es wird dadurch der Tarif im Ganzen gefährdet.

Wie in sehr vielen Branchen, so wird auch unsere Branche durch die augenblickliche Krise sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Krisenzeiten erfordern ganz besondere Wachsamkeit. Auf Grund der Krise müssen die Kollegen bei verschiedenen Firmen aussetzen und Landarbeiten verrichten. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden. Wozu aber Stellung genommen werden muß, ist die Entlohnungsfrage. Man will heute unsere Kollegen, wenn sie landwirtschaftliche Arbeiten in der Aussetzzeit leisten, mit einem niedrigeren Lohn als er im Landarbeitertarif festgelegt ist, abspeisen. Ueber diese Frage muß Klarheit geschaffen werden. Entweder ist der Lohnsatz in unserem Hammerschmiedetarif maßgebend, oder der für die Landarbeiter festgelegte.

*

Geldeingänge bei der Hauptkasse im Monat August.

München 3327.54, Tuttlingen 4000, Dortmund 8890.33, Saaran 289, Hamm 1088.55, Waldkirch 41.40, Mainz 1308.80, Böhrenbach 600, Markredwitz 708.45, Remscheid 3331.24, Aachen 49 323.15, Gittenbach 2112.68, Wetzlar 887.05, Berlin 2482.68, Warstein 837.57, Schweinfurt 3133.50, Wangen 238.50, Hildesheim 1389.81, Gmünd 1648, Wissen 2089.76, Ettlingen 655.35, Dingelstädt 472.40, Mechernich 14 331.41, Troisdorf 11 768.67, Kaiserslautern 7573, Menden 85.60, Eulau 223.50, Triberg 1305.70, Bochum 78 333.01, Regensburg 872.65, Furtwangen 282.50, Magdeburg 3000, Eulau 135.60, Witten 2000, Ziegenhals 100, Münster 6000, Wiesbaden 169.75, Barmen 2500, Elbing 4095.85, Stuttgart 1072.64, Eschweiler 1826.60, St. Ingbert 8309.67, Hannover 1693.50, Osnabrück 33 582.69, Olpe 19 291.53, Betzdorf 10 668.05, Bonn 8000, Dortmund 15 000, Solingen 13 819.93, Breslau 1683.36, Höxter 314.05, Höchst 300, Frankenstein 54.70, Wasseralfingen 3349.21, Hamburg 1304.48, Altötting 754.15, Villingen 1816.80, Brandenburg 600, St. Georgen 1761.92, Oelde 1788.50, Tuttlingen 2000, Bergen 85.60, Neuwied 3000, Köln 15 000, Neuwied 4826.31, Köln 22 205.54, Fulda 1486.89, Neusalz 500, Hamm 2000, Witten 2000, Singen 4700, dto. 1800, Berlin 3000, Böhrenbach 600, Barmen 3000, Schönwald 1357.80, Stolberg 6000, Neustadt (Schl.) 507.10, Bielefeld 1000, Eschweiler 6000, Dortmund 15 000, Menden 35 386.29, Elbing 1000, Saarbrücken 32 201.12, Rössel 531.25, Furtwangen 1000, Ravensburg 5644.30, Ettlingen 53, Oker 1200, Fürstenwalde 160, Hamm 5000, Siegen 17 000, dto. 25 000, Remscheid 10 000, Bielefeld 1500, Bremen 1000, Dinklage 1536.24, Böhrenbach 800, Siegen 8216.17, Iserlohn 24 553.30, Hörde 9972.42, Essen 50 345, Wesel 12 482.45, Duisburg 151 872.20, Troisdorf 11.80, Düsseldorf 117 678.15, Essen 70 000, Göppingen 96.25, Freiburg 504, Schussenried 522.25, Waldkirch 500, Hötensleben 416.05, Frankfurt 3645.41, Neheim 4078.65, Neunkirchen 11 294.74, Düren 9000, Lenzkirch 907.90, Königsberg 454.07.

Mehrere selbständige
Weißblechpresser sofort gesucht

Friedr. Baum & Co.
Metallwarenfabrik,
Altenessen, Altenessener Straße 233.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft („Echo vom Niederrhein" und G. Köllen). — Verlag: Franz Wieber, alle in Duisburg.